









# 1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 144

Halle a. S., Donnerstag den 23. Juni 1910

21. Jahrg.

## Außerordentl. Verbandstag der Bauarbeiter.

k. r. Charlottenburg, 21. Juni 1910.  
Zweiter Verhandlungstag.

Junächst gibt die Mandatsprüfungskommission ihren Bericht. Nach diesem sind mit wenigen Ausnahmen alle Delegierte der früheren Tagungen anwesend. Auf Anregung von Dömling nimmt die in Leipzig gewählte Kommission zur Beratung der Statuten ihre Arbeiten wieder auf, da die jetzige Bewegung geeignet hat, daß einige Veränderungen am Statut notwendig sind.

Zunächst wird die Debatte über den Schiedspruch weiter geführt. Von verschiedener Seite werden heute wiederholt mildere Töne angedeutet und betont, man solle die Debatte nicht durch Meinungen verlaufen, sondern die Sache von einer höheren Ebene betrachten. Die Frage, ob mehr und besseres zu erreichen möglich gewesen sei, wird von verschiedenen Seiten verneint, unter den abwesenden Verhältnissen war ein Mehr nicht möglich. Nachdem etwa 40 Delegierte ergriffen, wird die Debatte durch Schlußantrag beendet. — Es erfolgt nur noch die Erklärungen der einzelnen Klause. Berlin, Danzig und München erklären, daß sie gute Mienen machen und den Schiedspruch annehmen werden. Ein Delegierter aus dem Verlsruher Gau erklärt, daß seine Kollegen gegen den Schiedspruch stimmen werden. Im Schlußwort führt Dömling aus, daß alle die in der Debatte geäußerten Sonderwünsche für die einzelnen Orte undurchführbar seien bei Abgleich von Verträgen auf weite Grundlage. Ohne Vertrag können wir heute nicht mehr aus, wenn wir nicht dieselben Verhältnisse haben wollen wie früher: im Winter niedriger Lohn und im Sommer lange Arbeitszeit. Den Vorwurf, daß der Vorstand Diktator geübt habe, weist er entschieden zurück; der beste Beweis für die Unwahrheit dieser Behauptung sei die Abhaltung der vier Verhandlungstage. Durch diese sei den Vertretern der Mitglieder Gelegenheit zur Mitberatung und Beschlußfassung gegeben worden. Die einstimmige die Entscheidung ausfallen würde, um so besser für die Organisation; durch den Ausgang dieses Kampfes brauche der Gewerkschaft die Zukunft nicht verloren zu gehen. Mit Energie müßte weiter an den Ausbau der Organisation gearbeitet werden, denn von der Schiedsrichter-Organisation hänge die Zukunft der Bauarbeiter ab.

Die Abstimmung über den Schiedspruch ist eine namengebende: von den Mauern stimmen 205 mit Ja, 54 mit Nein, bei den Bauführerarbeiten geteilt sich das Resultat folgendermaßen: 88 stimmen dafür, 17 dagegen.

Zunächst werden die vorerwähnten kleinen Veränderungen am Statut der Bauarbeiter vorgenommen.

Im eigentlichen Schlußwort führte Dömling noch aus: Die Bewegung habe nun die Ende erreicht und die Arbeit sei überall sofort aufzunehmen. Wo die Unternehmer Schwierigkeiten machen, sei dies dem Vorstände sofort mitzutellen. — Eine bedeutungsvolle Bewegung sei zum Abschluß gelangt, wie sie in Deutschland noch nicht zu verzeichnen gewesen sei. Der Redner rekapituliert noch einmal in allen Einzelheiten die Vorkommnisse von November d. J. bis zur Ausprägung mit dem Vortage in der Beschlussempfehlung und die erste Entscheidung durch die Internationales und die letzte Entscheidung über die Lohnhöhe und Arbeitszeit. Die Internationales waren die Angreifer. Was haben sie erreicht? Eine Niederlage! Sie haben Versprechungen auf ihre Forderungen leisten müssen und die geschlossene Organisation der Maurer, die für diesen Kampf seit Jahren finanziell gerüstet war, habe einen Sieg erlitten, der, wenn auch nicht durchaus befriedigend, sich doch den anderen Erfolgen in den letzten 16 Jahren würdig an die Seite stellen könne. Die durch den Schiedspruch erreichte Lohn-erhöhung von 5 Pf. komme 180 000 Mauern und 70 000 Bauführerarbeiten zugute, und 4 Pf. Lohnzulage gelte für 7000 Maurer und 3000 Bauführerarbeiten. Werden die Zimmerer dazu gerechnet, so wären rund 250 000 Arbeiter im Bau-erwerb an dieser Lohnerhöhung partizipierend. Dazu kommt ein Lohnansteig für viele Orte. Eine Arbeitszeit-erhöhung von 10 Stunden auf 9½ Stunden tritt für 5 Lohn-müssen, nachdem unsere Lokalität mißbraucht wurde; insbesondere mußte der Vorstand seinen Standpunkt ändern gegenüber den Verbänden der Glaser und Zerkarbeiter. Diese Grenzstreitigkeiten führten zu einer gemeinsamen Sitzung mit dem Verband der Glaser unter Führung der General-Commission, die den Standpunkt des Hauptvorstandes gerechtfertigt habe. Es handelt sich für uns nicht um ein paar Mitglieder mehr oder weniger, sondern um die Einheitlichkeit der Organisation. Redner beipflichtet hierauf die Stellung des Vorstandes zu jenen Anträgen, die auf dem letzten Verbandstag dem Vorstand zur Wiedigung überwiegen wurden, und ermahnte dann die Delegierten, sich des Archivs zu erinnern. — Der Vorstand glaubt seine Pflicht und Schuldigkeit getan zu haben und hofft, daß die Delegierten von der Kritik Gebrauch machen, der Vorstand sei gerne bereit, berechnete Kritik in Empfang zu nehmen.

Der Rednerbericht erstattet der Bauhilfsarbeiter Fritz König-berlein. Der Redner berichtet ebenfalls auf den gedruckt vorliegenden Jahresbericht und bekräftigt sich darauf, die hauptsächlichsten Riffen daraus hervorzuheben. (Wir haben auch den Jahresbericht bereits mitgeteilt.) An den einzelnen Positionen zeigte Redner, daß die Kasse in den letzten beiden Berichtsjahren außerordentlich stark in Anspruch genommen wurde. Für Lohnbewegungen wurden in den letzten zwei Jahren 1 284 376 M. ausgegeben, die Ausgaben für Arbeitslohnunterstützung beliefen sich dagegen auf 2 533 505 M., die Ausgaben für Krankenkassenunterstützung auf 1 643 588 M. Insgesamt wurden in den Jahren 1908-09 für Lohnbewegungen allein 6 344 403 M. ausgegeben. Der Gesamtanteil der beiden Jahre schließlich mit 10 157 880 M. Einnahmen und 9 488 939 M. Ausgaben ab. Der Kassens-tand verminderte sich um 722 014 M. und betrug Ende 1909 3 434 314 M., davon 1 462 765 M. bei den Lokalfassen.

Der Bericht des Aufsichtsrates wurde einstimmig zurückgestellt und zunächst in die Diskussion über den Vorstands- und Kassensbericht eingetreten. In der Debatte über den Bericht des Kassensberichtes und Leipziger Delegierten Kritik an dem Verhalten des Vorstandes gegenüber ihren Tarifbewegungen. Die einzelnen Vorstandsmitglieder gingen auf

Leipziger die Delegierten namens des Vorstandes willkommen hieß, erklärte er den 8. Verbandstag für eröffnet.

Zu Beginn des zweiten Verhandlungstages begrüßte Leipziger die Vertreter der ausländischen Arbeiterorganisationen: Weltner-Ungarn vom ungarischen Holzarbeiter-Verband, Walop-Kolterband, vom holländischen Metallarbeiter-Verband, Simonis-Büchlich als Vertreter des schweizerischen Holzarbeiter-Verbandes und Fesch vom österreichischen Holzarbeiter-Verband. Die ausländischen Vertreter gaben in ihren Begrüßungsansprachen ein Bild über die Organisationsverhältnisse ihres Heimatlandes und wünschten die deutschen Arbeiterorganisationen zu ihren Verhandlungen den besten Erfolg.

In das Bureau zur Leitung der Verhandlungen werden gewählt Leipziger und Glaser als Bericht und außerdem sechs Schriftführer. Dann wurde nach eine Revisionskommission, eine Beschwerdekommission und eine Statutenberatungskommission eingesetzt.

Der Vorstand befragt die Frage der Unfallversicherung und die Aufgaben der Berufsvereinigungen auf dem Verbandstag eine kurze Besprechung zu unterziehen. Der Verbandstag nimmt davon beabsichtigt Kenntnis. Ein Antrag Berlin, die Frage der Organisation der Jugendlichen und Lehrlinge auf die Tagesordnung zu legen, wurde angenommen; der Antrag wird unter Punkt 5 der Tagesordnung behandelt.

Der Vorsitzende Leipziger leitete hierauf die Aufmerksamkeit auf den noch immer lebenden Kampf im Baumergewerbe; die Delegierten sind sich dieses Kampfes wohl bewußt. Der Vorstand habe bisher in der Unterstützungsfrage getan, was zu tun er für seine Pflicht erachtete, nach die einzelnen Positionen waren sich ihrer Pflicht bewußt. Der Vorstand habe sich mit der Frage einer weiteren Unterstützung befaßt, weil er der Auffassung sei, daß das, was bisher geleistet wurde, im Verhältnis zur Größe unserer Organisation und der Bedeutung des Kampfes ungenügend sei. Der Vorstand schlägt dem Verbandstag vor, zur Unterstützung der Bauarbeiter weitere 50 000 Mark der Generalkommission zu überweisen. — Der Antrag wurde ohne Debatte einstimmig angenommen.

Zu Beginn der Nachmittags-Sitzung wurde der Geschäftsbericht des Vorstandes entgegengenommen. Der Bericht liegt den Delegierten gedruckt vor und wurde von uns bereits im Vorbericht auszugswweise in den wichtigsten Punkten mitgeteilt.

In seinen mündlichen Ausführungen belohnte Leipziger, daß er in bezug auf die Entwicklung des Verbandes aus der jüngsten Zeit mitteilen könne, daß mit dem Schluß des 8. Verbandes bezüglich der Verschmelzung mit dem Holzarbeiter-Verband Unterhandlungen angeknüpft wurden mit dem Resultat, daß sich der Lebertritt am 1. Juli d. J. vollzieht. — Es habe große Anstrengungen bedurft, um den infolge der Kritik eingetretenen Mitgliederverlust wieder auszugleichen. Bedauerlicherweise stehen eine Reihe von Zahlstellen auf dem Standpunkt, daß Agitation zu betreiben Hauptaufgabe des Zentralvorstandes sei; insbesondere rube die Agitation unter den weiblichen Berufsangehörigen auf den weiblichen Internationales. Die Zahlstellen sind nur in 117 Zahlstellen weiblichen Mitglieder vorhanden. Die Agitation unter den weiblichen Internationales mußte besonders im Auge behalten werden, in den einzelnen Lokalverwaltungen müssen einige Personen beauftragt werden, die Agitation unter den weiblichen Berufsangehörigen zu betreiben. Würde von den einzelnen Zahlstellen die Agitation planmäßig betrieben, dann müßte es möglich sein, schon in diesem Jahre die Mitgliederzahl von 100 000 zu erreichen. — Dem Beschluß des Stuttiner Verbandstages, befähigten Kollegen die Teilnahme an den Internationales durch die Generalkommission zu ermöglichen, hat der Hauptvorstand Rechnung getragen. Der Hauptvorstand habe die betreffenden Kollegen nach Schluß des Rufes in einem Briefe über die Hauptbewegung informiert, um ihnen Gelegenheit zu geben, auch auf dem Gebiete der Verwaltungspraxis Erfahrungen zu sammeln, die sie in ihren Zahlstellen verwerten können. — In bezug auf Grenzstreitigkeiten mit anderen Gewerkschaften habe der Vorstand immer die weitestgehende Konzession und Lokalität geübt, der Vorstand habe früher immer ein Auge zugeknüpft und habe die Vorwürfe der Zahlstellen auf sich genommen, weil er sich nicht immer auf das Gebiet der Grenzstreitigkeiten begeben wollte. Der Vorstand habe diesen Standpunkt aber verlassen müssen, nachdem unsere Lokalität mißbraucht wurde; insbesondere mußte der Vorstand seinen Standpunkt ändern gegenüber den Verbänden der Glaser und Zerkarbeiter. Diese Grenzstreitigkeiten führten zu einer gemeinsamen Sitzung mit dem Verband der Glaser unter Führung der General-Commission, die den Standpunkt des Hauptvorstandes gerechtfertigt habe. Es handelt sich für uns nicht um ein paar Mitglieder mehr oder weniger, sondern um die Einheitlichkeit der Organisation. Redner beipflichtet hierauf die Stellung des Vorstandes zu jenen Anträgen, die auf dem letzten Verbandstag dem Vorstand zur Wiedigung überwiegen wurden, und ermahnte dann die Delegierten, sich des Archivs zu erinnern. — Der Vorstand glaubt seine Pflicht und Schuldigkeit getan zu haben und hofft, daß die Delegierten von der Kritik Gebrauch machen, der Vorstand sei gerne bereit, berechnete Kritik in Empfang zu nehmen.

Der Rednerbericht erstattet der Bauhilfsarbeiter Fritz König-berlein. Der Redner berichtet ebenfalls auf den gedruckt vorliegenden Jahresbericht und bekräftigt sich darauf, die hauptsächlichsten Riffen daraus hervorzuheben. (Wir haben auch den Jahresbericht bereits mitgeteilt.) An den einzelnen Positionen zeigte Redner, daß die Kasse in den letzten beiden Berichtsjahren außerordentlich stark in Anspruch genommen wurde. Für Lohnbewegungen wurden in den letzten zwei Jahren 1 284 376 M. ausgegeben, die Ausgaben für Arbeitslohnunterstützung beliefen sich dagegen auf 2 533 505 M., die Ausgaben für Krankenkassenunterstützung auf 1 643 588 M. Insgesamt wurden in den Jahren 1908-09 für Lohnbewegungen allein 6 344 403 M. ausgegeben. Der Gesamtanteil der beiden Jahre schließlich mit 10 157 880 M. Einnahmen und 9 488 939 M. Ausgaben ab. Der Kassens-tand verminderte sich um 722 014 M. und betrug Ende 1909 3 434 314 M., davon 1 462 765 M. bei den Lokalfassen.

Der Bericht des Aufsichtsrates wurde einstimmig zurückgestellt und zunächst in die Diskussion über den Vorstands- und Kassensbericht eingetreten. In der Debatte über den Bericht des Kassensberichtes und Leipziger Delegierten Kritik an dem Verhalten des Vorstandes gegenüber ihren Tarifbewegungen. Die einzelnen Vorstandsmitglieder gingen auf

die Kritik und Wünsche der einzelnen Redner näher ein, stellten einzelne Behauptungen richtig und rechtfertigten ihre Behauptungen.

Die Verhandlungen wurden dann auf Dienstag vertagt.

## 2. Verhandlungstag.

Die Debatte über die Geschäftsberichte wird fortgesetzt, und zwar abschnittsweise immer nur über bestimmte Fragen. Zunächst über Branchenpositionen und Grenzstreitigkeiten. Die Redner besprechen ausschließlich die Grenzstreitigkeiten mit anderen Verbänden, besonders den Metallarbeitern und Bauführerarbeiten. Es ist festzustellen, daß der Vorstand in diesem Punkt die Rechte der Holzarbeiter mehr als bisher vertreten sollte. Die Statuten und die Beschlüsse der Holzarbeiter gehörten nicht in den Metallarbeiter, sondern in den Holzarbeiterverband. Ferner müsse verlangt werden, daß sämtliche Ziffern in Maschinenfabriken sich dem Holzarbeiterverband anschließen. Der Hauptvorstand solle mit dem Vorstand des Metallarbeiterverbandes ein ernstes Wort reden. Auch gegenüber dem Bauführerverband wird lebhaft Kritik geführt, der verabschiedete Kollegen aufzunehmen, die in den Holzarbeiterverband gehören.

Das Vorstandsmitglied W. Apper, Berlin betont, die Kollegen müssen besser auf dem Boden sein. Es ist festzustellen, die ungenügenden Rechte des Bauführerverbandes zu überlegen. Der Holzarbeiter, ob gelernt oder ungelernt, gehöre in den Holzarbeiterverband. Die Leute, die in der Metallindustrie mit der Metallbearbeitung beschäftigt sind, gehören aber zu dem Metallarbeiterverband.

Ab. Schmidt-Berlin behauptet, daß die Streitigkeiten hier erörtert werden, bevor sie die Zahlungen erledigt haben. Man könne doch nicht sagen, weil der Metallarbeiterverband in irgend einem Ort Differenzen heraufbeschwört, deswegen verlassen wir unseren früheren Standpunkt und nehmen auch auf, was wir können. Wir müssen nicht nur unsere eigenen Bedürfnisse berücksichtigen, sondern die Interessen der ganzen Gewerkschaftsbewegung im Auge haben.

Verbandsvorsitzender Leipziger bemerkt in seinem Geschäftsbericht gegenüber Schmidt, den Delegierten müsse man die Gelegenheit schon lassen, ihrem Herzen Luft zu machen. Man dürfe aber den Metallarbeiterverband als Gegenseite nicht für alles verantwortlich machen, was von einzelnen Funktionären getan werde. Der Vorstand sollte möglichst loyal und friedlich mit den anderen Verbänden zusammen arbeiten.

Es wird dann über die

## Maifeierfrage

ausgiebig debattiert. Die Diskussion veranlaßte ein von Leopold-Berlin gestellter und begründeter Antrag, daß durch die Vereinbarung zwischen Arbeiterverband und Generalkommission die Unterbringung der Maifeiergebeten nicht geändert wird, sondern wie bisher nach dem Beschluß des letzten Verbandstages erfolgt. Nach diesem Beschluß wird Unterstützung vom Verband bei Maifeiergebeten gewährt, wenn ein gewisser Prozentsatz der Beschäftigten sich für die Arbeitszeit erklärt. Mehrere Redner wenden sich gegen diesen Antrag. Nach den Vereinbarungen dürften Unterstützung aus der Zentralkasse nicht mehr gewährt werden. Man könne nicht entgegengelegte Beweise führen. Die einzelnen Zahlstellen könnten ja die gewöhnlichen Kollegen aus lokalen Mitteln unterstützen.

Wünschmann-Berlin meint, die Abmachungen zwischen Generalkommission und Partei bedeuten eine Abwertung der Maifeier. Es können in Zeiten der Not gar nicht gehalten werden, es sei dort unmöglich, einen bezahlten Fonds zu schaffen. An der Maifeier sollte weiter festgehalten und auch die Konventionen getreten und die Ausgesparten unterstützt werden. Redner erwidert um Annahme des Antrages Berlin.

Glaser-Berlin tritt ebenfalls für diesen ein, der keinen Gegenstand für die Abmachungen schaffe. Die Unterstützung durch die Zentralkasse sei durch die Vereinbarungen nicht ausgeschlossen.

W. C. Berlin, Vorstandsmitglied, berührt die prinzipielle Seite der Frage. Es müsse einmal gesagt werden, daß die Kollegen im Lande von der Maifeier nichts mehr wissen wollen. Wir haben Güter erreicht, das in Betrieben, wo die Arbeiter die Maifeier nicht feiern dürfen. (1) Dieses Jahr wird der Mai auf einen Sonntag, und es wurde selbst festgestellt, daß Kollegen auch an diesem Sonntage in die Fabriken gingen. Aus der Maifeier ist nicht mehr das zu machen, was einzelne glauben. Der internationale Kongress steht vor der Tür, da müssen wir unseren Delegierten mit auf den Weg geben, wie sie sich dort in der Maifeierfrage verhalten sollen. Am besten ist es, man verlegt die Maifeier auf den ersten Sonntag im Mai. In der Unterstützungsfrage können wir nicht anders, als die Vereinbarungen anzuerkennen und danach zu handeln.

Geiger-Wünchen: Die Mittel, die für Maifeiermaßnahmen ausgegeben werden, können viel nützlicher angewendet werden. Es erwidert den Ansichten, daß man in Betrieben bemüht ist, um die Maifeierfrage heranzuführen und sie durch Gewerkschaften aufzuklären. Es könne es nicht weiter gehen, am besten sei es, die Maifeier auf einen Sonntag zu verlegen.

Ein Schlußantrag wird zum dritten Male abgelehnt.

Ab. Schmidt-Berlin, Vertreter der Generalkommission, betont, man habe sich bestehenden Beschläüssen des internationalen Kongresses zu fügen. Es bestehe keine Aussicht, daß der diesjährige internationale Kongress sich für die Maifeierfrage beschäftigen und eine Umänderung des früheren Beschlusses vornimmt. An die Vereinbarungen zwischen Generalkommission und Partei ist man nun gebunden. Durch die Erfindung der Beschäftigten soll die Verantwortung auf die lokalen Anstalten gelegt und damit verbunden werden, daß sie und planlos vorgegangen wird. Wenn in einzelnen Orten keine Beiträge für diese Fonds bezahlt würden, dann sei dies ein Beweis dafür, daß dort der Genossen und Gewerkschaften die Maifeier nicht am Herzen liegt. Von einer befristeten Abwertung der Maifeier durch die Vereinbarungen könne keine Rede sein. Den Zentralvorständen stände es frei, durch besondere Beschläüsse den Maifeierern einen Nachschub zu geben.

Es sprachen noch eine ganze Anzahl Redner, die zum Teil energisch für die Maifeier eintreten, zum Teil aber auch sich gegen sie in ihrer jetzigen Form erklären.

In der vierten Nachmittags-Sitzung fand schließlich ein Antrag auf Schluß der Debatte eine Mehrheit. Zum Antrag Berlin war im Laufe der Debatte ein Amendement gestellt

## Verbandstag der Holzarbeiter.

K.-r. München, 20. Juni 1910.

Der 8. Verbandstag des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes nahm gegen Abend in der Schwabinger Brauerei seinen Anfang. Nach erfolgter Begrüßung der Delegierten durch den Vorsitzenden des Münchener Zweigvereins gab der Hauptvorsitzende Leipzig, Berlin einen geschäftlichen Bericht über die Entstehung und Entwicklung der Organisation und wies dabei in den letzten zwei Jahren veranschaulicht die Fortschritte ein. Unter den Bekanntem erwähnte man heute einen, der sein ganzes Leben im Dienste der Arbeiterschaft stand, den Kollegen Weinbart, Redakteur der Holzarbeiterzeitung, der ebenfalls inzwischen verstorben sei. Die Delegierten ehrten das Andenken der verstorbenen Kollegen durch Erheben von den Sitzen. Nachdem

der Bericht des Aufsichtsrates wurde einstimmig zurückgestellt und zunächst in die Diskussion über den Vorstands- und Kassensbericht eingetreten. In der Debatte über den Bericht des Kassensberichtes und Leipziger Delegierten Kritik an dem Verhalten des Vorstandes gegenüber ihren Tarifbewegungen. Die einzelnen Vorstandsmitglieder gingen auf









